

PRESSEMITTEILUNG

## Bayerische Kommunen profitieren vom Corona-Hilfspaket

**Die Städte, Gemeinden und Kreise in Bayern erlebten durch die Corona-Krise einen starken Steuereinbruch. Erstmals seit 2010 sind wieder Haushaltsdefizite entstanden.**

**Durch die Finanzhilfen von Bund und Land sowie hohe Rücklagen wurden Haushaltskrisen jedoch vermieden. Trotz Corona-Krise bleiben die Hartz-IV-Ausgaben gering und erreichen die Investitionen neue Spitzenwerte.**

Gütersloh, 06. Juli 2021. Die Corona-Pandemie und die sich anschließende Rezession haben die bayerischen Kommunen im Jahr 2020 finanziell belastet. So brach die Gewerbesteuer um fast 1 Milliarde Euro ein und entstanden hohe Mehrkosten in der Pandemie-Bekämpfung. Durch ein historisches Hilfspaket von Bund und Freistaat konnten flächendeckende Haushaltsnöte abgewendet werden. Großteils abgeschirmt von den finanziellen Schäden konnten die Kommunen ihre Investitionen weiter aufstocken. Die Hartz-IV-Ausgaben stiegen zwar in der Rezession an, liegen aber im Ländervergleich weiterhin auf dem geringsten Niveau. Positiv wirkten die mit 15 Milliarden Euro sehr hohen Rücklagen vor der Krise.

### **Rückgang der Gewerbesteuer um 850 Millionen Euro**

Die Krisen trafen die Kommunen bei den Einnahmen und Ausgaben. In Summe lässt sich der finanzielle Schaden im Jahr 2020 in Bayern auf mindestens 2 Milliarden Euro schätzen. Der größte Effekt war der Rückgang der konjunktursensiblen Gewerbesteuer um 850 Millionen Euro. Aber auch bei der Einkommensteuer und den kommunalen Gebühren traten Verluste von insgesamt einer halben Milliarde Euro auf. Der Rückgang der Gewerbesteuer traf naturgemäß die wirtschaftsstarke Gemeinden härter. „Die Stadt München rechnete am Ende des Jahres mit einem Defizit von einer halben Milliarde Euro“, sagt René Geißler, Professor für öffentliche Wirtschaft der Technischen Hochschule Wildau und Mitautor der Studie. Gleichwohl sind die Gemeinden Bayerns sehr steuerstark und erreichen im Durchschnitt nach Hessen die höchsten Werte.

### **Höchstwerte bei kommunalen Investitionen**

Durch die Stabilisierung der Haushalte konnten die Kommunen ihre Pläne im Jahr 2020 relativ unbeschadet umsetzen. Die Investitionen setzten den mehrjährigen Wachstumstrend fort und erreichten ein neues Hoch von fast 12 Milliarden Euro. Je Einwohner liegen die bayerischen Kommunen damit seit Jahren an der Spitze der Bundesländer und investieren fast drei Mal mehr als die Kommunen im Saarland. „Investitionen in die Infrastruktur heute sind die Wirtschaftskraft von Morgen. Bayern setzt sich weiter vom Durchschnitt ab“, ordnet Kirsten Witte, Kommunal-Expertin der Bertelsmann Stiftung ein.

### **Hartz-IV-Ausgaben bleiben minimal**

Trotz des wirtschaftlichen Rückgangs im vergangenen Jahr sind die Ausgaben der bayerischen Kommunen für die Arbeitslosigkeit nur unwesentlich gestiegen. Im Ländervergleich ist die Belastung aus Hartz-IV seit jeher am geringsten und beträgt je Einwohner nur ein Drittel des Niveaus in Nordrhein-Westfalen. Innerhalb des Freistaates ist die Spannweite jedoch groß. So trägt die Stadt Nürnberg je Einwohner fast die neunfachen Lasten des Kreises Ansbach.

### **Weiterhin keine Kassenkredite**

Die Kassenkredite, quasi der Dispo-Kredit der Kommunen, gelten als zentraler Krisenindikator. Sie gehen im Regelfall einher mit hohen Sozialausgaben und Steuersätzen, mit niedrigen Investitionen und allgemein geringen Handlungsspielräumen für die Lokalpolitik. Die Kassenkredite lagen Ende 2020 bundesweit bei 31 Milliarden Euro. Zwei Drittel davon entfallen auf die Kommunen Nordrhein-Westfalens. In Bayern sind Kassenkredite seit jeher nahezu unbekannt.

### **Bund-Länder-Hilfsprogramm bringt 2,4 Milliarden Euro Steuererstattung**

Um die Kommunen in der Krise finanziell handlungsfähig zu halten, reagierten Bund und Freistaat im Frühjahr 2020 mit einem beispiellosen Hilfsprogramm. Finanziert wurden sie durch die Aussetzung der Schuldenbremse.

Die fiskalisch bedeutsamste Maßnahme war die Erstattung der Ausfälle der Gewerbesteuer für das Jahr 2020 durch Bund und Land gemeinsam. Auf die bayerischen Kommunen entfielen dabei 2,4 Milliarden Euro; nach Hessen der zweithöchste Betrag. Da die Rezession milder verlief, als geschätzt, stand den Kommunen einschließlich der Erstattungen sogar ein höheres Steueraufkommen zur Verfügung als im Vorjahr. Hinzu kam, dass die erhöhte Gewerbesteuerumlage zur Beteiligung der westdeutschen Kommunen an den Kosten des „Solidarpakts Ost“ 2020 auslief. „Die bayerischen Gemeinden haben rund 1,5 Milliarden Euro mehr an Erstattung für die Gewerbesteuer erhalten, als sie letztlich verloren“, erklärt Geißler.

Im Jahr 2020 hat der Bund seinen Kostenanteil an den kommunalen Hartz-IV-Kosten (Kosten der Unterkunft – KdU) in allen Ländern um 25 Prozentpunkte auf bis zu 74 Prozent der bundesweiten KdU-Ausgaben erhöht. Für Bayern bedeutete das im vergangenen Jahr rund 275 Millionen Euro. Diese Hilfen erreichen überwiegend Städte mit höheren Soziallasten. So erhält zum Beispiel die Stadt Nürnberg infolge ihrer Sozialstruktur rund 27 Millionen Euro jährlich.

### **Ausblick stabil**

Das Jahr 2020 haben die Kommunen durch Finanzhilfen von Bund und Land finanziell unbeschadet überstanden. Da die Ausgaben weiter steigen und die Steuern den Vor-Krisen-Trend erst mittelfristig wieder erreichen, werden einige Kommunen in finanzielle Engpässe geraten. Die allgemeine Prognose ist infolge der starken Wirtschaftsstruktur und der hohen Investitionskraft jedoch weiterhin positiv.

### Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die regionalen und zeitlichen Trends wichtiger Indikatoren für die Kommunen der Flächenländer aufzuzeigen. Er wird in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und Experten aus der Praxis erarbeitet.

[www.kommunaler-finanzreport.de](http://www.kommunaler-finanzreport.de)

**Unsere Ansprechpartner:innen:** **Dr. Kirsten Witte, Telefon: 05241 8181030**  
**E-Mail: [kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de](mailto:kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de)**

**Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142**  
**E-Mail: [rene.geissler@th-wildau.de](mailto:rene.geissler@th-wildau.de)**

---

**Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.**

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

**Weitere Informationen:** [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)